

17 - Umweltamt
 Schmelzer
 Eing. 15. Feb. 2012
 [Handwritten initials]

00	01	02	ZK	Z.d.A.
00	01	02	03	04

Stadtverwaltung Mainz
 Beigeordnete Katrin Eder
 10. Feb. 2012
 weiter an: [Handwritten: 17] [Handwritten: ue]

Vorzimmer	Nehrbäß	Scholz		
Erledigt	Z.w.V.	R.	Entwurf	Kopie gesamt Z.d.A.
Termin:	Wvl.:			



Rheinland-Pfalz

VERTRETUNG DES LANDES
 BEIM BUND UND BEI DER
 EUROPÄISCHEN UNION

Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz
 beim Bund und bei der Europäischen Union | 11056 Berlin

Herrn Bürgermeister
 Günter Beck
 Stadt Mainz
 Postfach 38 20
 55028 Mainz

Stadtverwaltung Mainz
 Oberbürgermeister
 - 6. Feb. 2012 / 293
 weiter an: [Handwritten: J. Trümmler] [Handwritten: O. Beck]

Einw.	Z.w. Verant.	R.	Arbeits Entwurf	Z.d.A.
Termin:	[Handwritten: 0 0 0 0 0]			

DIE MINISTERIN

**BEVOLLMÄCHTIGTE DES
 LANDES BEIM BUND UND
 FÜR EUROPA**

In den Ministergärten 6
 10117 Berlin
 Telefon 030 72629-1100
 Telefax 030 72629-1200
 poststelle@lv.rlp.de
 www.landesvertretung.rlp.de

Berlin, 2. Februar 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 18. Januar 2012, in dem Sie die ablehnende Haltung der Landeshauptstadt Mainz gegenüber wesentlichen Teilen des Vorschlags für eine „Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Regeln und Verfahren für lärmbedingte Betriebsbeschränkungen auf Flughäfen der Union im Rahmen eines ausgewogenen Ansatzes sowie zur Aufhebung der Richtlinie 2002/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates“ bekunden.

Die Problematik europäischer Lärmschutzpolitik und insbesondere der im Rahmen des so genannten Flughafenpaketes der Europäischen Kommission vorgelegten Verordnung über Regeln und Verfahren für lärmbedingte Betriebsbeschränkungen auf Flughäfen wurde seitens der Landesregierung früh erkannt und aufgegriffen. Inhaltlich teilen wir im Wesentlichen die von Ihnen geäußerten Bedenken.

Am 11. Januar 2012 fand in der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz in Brüssel eine Veranstaltung mit knapp 100 Teilnehmern zur Lärmschutzpolitik in Europa statt. Dabei hat Umweltministerin Ulrike Höfken im Rahmen einer Podiumsdiskussion gegenüber Jo Leinen, dem Vorsitzenden des Umweltausschusses im Europäischen Parlament, und Karl Falkenberg, dem Generaldirektor der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission, die ablehnende Haltung der Landesregierung in Bezug auf diesen Verordnungsvorschlag auch in Anwesenheit verschiedener Bürgerinitiativen deutlich zum Ausdruck gebracht.

Im Übrigen hat sich Rheinland-Pfalz im laufenden Bundesratsverfahren mit einem Entschließungsantrag eingebracht, der ebenfalls die von Ihnen angesprochenen

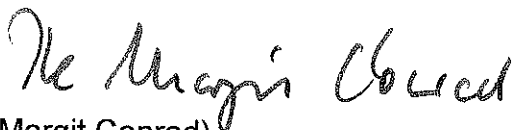
Einwände aufnimmt. Weiterhin wird sich das Land Rheinland-Pfalz im Bundesrat für die Erhebung einer so genannten Subsidiaritätsrüge einsetzen.

Über die Landesvertretung in Brüssel stehen wir in ständigem Kontakt zu den Institutionen der EU und werden unsere Einwände den fachlich betroffenen Mitgliedern des Europäischen Parlamentes vortragen. Auch im Ausschuss der Regionen sind wir bereits aktiv geworden.

Ein übereiltes Verfahren erscheint in Brüssel derzeit unwahrscheinlich, da das Flughafenpaket von verschiedener Seite auf heftigen Widerstand stößt und die Beratungen gerade erst begonnen haben.

Seien Sie versichert, dass sich die Landesregierung auch weiterhin für eine Reduzierung der Lärmbelastungen einsetzen wird und dies auf vielfältigen Wegen. Notwendige Betriebsbeschränkungen sollen deswegen auch künftig nicht von Brüssel aufgehoben werden dürfen! Die Unterstützung der Landeshauptstadt Mainz ist dabei sehr willkommen.

Mit freundlichen Grüßen


(Margit Conrad)